

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Jörn
König, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/10734 –**

Deutsche Sahel-Politik neu denken

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die deutsche Sahel-Politik neu zu denken und klare strategische Ziele zu definieren. Deutschland brauche eine konkrete Strategie, um seine Interessen in der Region wahrzunehmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/10734 abzulehnen.

Berlin, den 24. April 2024

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amtierender Vorsitzender und
Berichtersteller

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Volkmar Klein
Berichtersteller

Ottmar Wilhelm von Holtz
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Volkmар Klein, Ottmar Wilhelm von Holtz, Dr. Christoph Hoffmann und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/10734** in seiner 160. Sitzung am 21. März 2024 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, eine ressortübergreifende kohärente Sahel-Strategie auszuarbeiten, deren Fokus auf deutschen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen liegen solle.

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung, auf multilateraler Ebene Frankreichs nachweislichen Beitrag zur Destabilisierung der Sahelzone als Ursache für das weitgehend ineffektive bis kontraproduktive und letztlich erfolglose deutsche diplomatische und militärische Engagement klar zu benennen und offen zu thematisieren. Gleichzeitig solle die bereits bestehende militärische und politische Präsenz Russlands in der Sahelregion realistischer bewertet werden. Im Umgang mit den Partnerländern der Sahelregion solle die Bundesregierung mit der zunehmenden gesellschaftlichen und politischen anti-französischen bzw. prorussischen Positionierung der Sahelstaaten realistisch umgehen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Rohstoffstrategien der Sahelstaaten zu unterstützen und deren damit verbundene Industrialisierungspläne mit deutschen Technologien und Knowhow mitzugestalten. In diesem Zusammenhang sollten bilaterale Rohstoffpartnerschaften mit den Sahelstaaten entwickelt werden, welche einerseits die Versorgung der deutschen Industrie sicherstellen und andererseits dem Interesse dieser Partnerländer entsprechen.

Die Antragsteller fordern von der Bundesregierung, die sicherheitspolitische Kooperation mit den Sahelstaaten zu intensivieren. Der Aufbau von Kapazitäten zur Konfliktbeilegung und Konfliktprävention müsse konsequent unterstützt werden, insbesondere durch die Ausbildung von Personal.

Schließlich fordern die Antragsteller von der Bundesregierung, die Prävention der illegalen Einwanderung aus Afrika durch operative Partnerschaften mit den Sahelstaaten zu stärken, zumal diese als Herkunfts- oder Transitländer gelten würden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10734 in seiner 64. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10734 in seiner 75. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/10734 in seiner 56. Sitzung am 24. April 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD,

CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass man nicht nur eine neue deutsche Afrika-Strategie brauche, sondern es gehe auch um eine wertebasierte neue Sahel-Strategie. Man erlebe auf dem afrikanischen Kontinent eine Zunahme von Instabilität, und der Sahel sei die Kernzone. Der Sahel sei bekannt dafür, Migrationsströme, auch politisch, nach Europa zu lenken. Deswegen sei eine Kernaussage des vorliegenden Antrages, dass man Libyen einbeziehen müsse, wenn man über den Sahel spreche. Man müsse sich auch eigene Gedanken machen, jenseits von französischen Interessen, denn jeder, der den afrikanischen Kontinent beobachte, merke eine anti-französische Stimmung in allen Bereichen. Man dürfe nicht immer den Franzosen nachlaufen, weil man denke, sich nicht mit ihnen anlegen zu können; so könne Deutschland die eigenen Aufgaben nicht erledigen.

Hinzu komme, dass alle afrikanischen Staaten darauf warteten, dass Deutschland komme und endlich aktiv werde, und das gelte auch für den Sahel. Bundesministerin Schulze habe vor kurzem gesagt, dass man einen langen Atem haben müsse, wenn man an den Sahel denke; die Fraktion der AfD hoffe, dass der Bundesregierung nicht die Luft ausgehe. Es entspreche dem eigenen sicherheitspolitischen Interesse, sich um den Sahel zu kümmern, auch wenn dort keine Regierungen seien, mit denen man reden wolle. Man werde das dennoch vermutlich tun müssen, damit man sich nicht in eine Sackgasse oder in ein politisches Aus manövriere. Fazit sei die Loslösung von französischen Interessen und die Einbeziehung Libyens. Wenn man sich den Krieg genau betrachte, dann stelle man fest, dass die Russen die Migration durch den Sahel bewusst als Kriegswaffe nutzen könnten. Das müsse man im Fokus behalten. Man brauche nicht nur einen langen Atem, sondern man müsse tief Luft holen und loslegen.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass man den Antrag ablehne, und die Gründe seien nicht überraschend. Der Antrag sei angefüllt mit „Frankreich-Bashing“, und die Fraktion der AfD verfolge damit wieder einmal das Ziel, Europa zu spalten. Gleichzeitig werde kein einziges Wort über die schmutzige Politik Russlands gesagt, obgleich alle genau wüssten, was in der Sahelzone durch die Wagner-Gruppen geschehe; auch in Libyen hätte diese Terrorgruppe sich ausgebreitet. Dennoch werde in dem Antrag nichts über die negative Rolle von Russland gesagt, sondern es werde nur schlecht von Frankreich geredet. Der Antrag sei einseitig, und es sei unerträglich, die Aussagen, dass „letztlich hunderttausende illegale Migranten die südlichen EU-Grenzen fluten“ würden, lesen zu müssen. Die Fraktion der SPD stelle einmal mehr fest, dass die eigentliche Intention der Fraktion der AfD die Spaltung Europas sei. Außerdem würde der Antragsteller Forderungen stellen, die mit dem Sahel nichts zu tun hätten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass der Antrag engagiert abzulehnen sei. Es werde einerseits eine völlig falsche negative Bewertung von Frankreich abgegeben, und andererseits sei die positive Bewertung von Russland unzutreffend und falsch. In dem Antrag werde angemahnt, die militärische und politische Präsenz Russlands in der Sahelzone realistischer, also aus Sicht der Antragsteller positiver, zu bewerten. Insgesamt liege hier ein „Russland-Flankierungsantrag“ vor. Die Fraktion der CDU/CSU strebe eine Welt ohne Hunger an, von der man heute allerdings weiter entfernt sei als in der Vergangenheit, und das liege an dem Angriff Russlands auf die Ukraine. Man verfolge den Aspekt der vernetzten Sicherheit, denn Sicherheit und Entwicklung seien zwei Seiten einer Medaille. Wenn es nicht gelinge, die Sicherheit im Sahel zu erhöhen, dann könne man um den Tschadsee kein Getreide säen oder einem Handwerk nachgehen, und dann gebe es keine Entwicklung. Deswegen brauche man mehr Sicherheit, zu der Frankreich in der Vergangenheit erheblich beigetragen habe, wohingegen Russland sie zerstört habe. Das sei das Gegenteil der Inhalte des vorliegenden Antrags, und deshalb lehne die Fraktion der CDU/CSU diesen Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt aus, dass der Antrag der Fraktion der AfD einen Ausstieg aus dem Multilateralismus, eine konfrontative Mauer Richtung Frankreich und stattdessen eine realistischere Einschätzung der Rolle Russlands fordere. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei jedoch der Auffassung, dass man die Rolle Russlands sehr realistisch einschätze. Russland trage mit seinen aktiven und im großen Umfang professionellen Desinformationskampagnen und schwersten Menschenrechtsverletzungen in der Sahelregion dazu bei, eine Destabilisierung herbeizuführen. Das hätte auch Folgen für Westeuropa, nämlich eine Destabilisierung. So etwas könne man nicht unterstützen, und deswegen werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** hebt hervor, dass man dem Antragstext lediglich in zwei Punkten zustimmen könne: 1. Die Lage in der Sahelregion sei schwierig, volatil und ändere sich fast wöchentlich. 2. Die anderen Akteure in dieser Region hätten aktuell mehr Einfluss als Deutschland und Europa. Das ändere allerdings nichts daran, dass der Antrag in Gänze schlecht sei und man ihn ablehne. Es würden, wie so oft, Sätze aneinandergereiht, ohne eine

stringente inhaltliche Führung. Es sei interessant, wie man das deutsche und das französische Engagement in einen Topf werfe, und als Begründung anführe, dass beide Politikansätze gescheitert seien. Historisch betrachtet habe sich Deutschland vielleicht nicht früh genug von französischen Narrativen abgekoppelt, wobei sich Frankreich in der Region militärisch sehr stark engagiert und immer sehr viel Geld gegeben habe, um den islamistischen Terror zu bekämpfen; das wäre insgesamt gut gewesen. Allerdings habe Deutschland die Chance in Mali nach dem Putsch nicht rechtzeitig genutzt, schnell eine Hand zu reichen, und jetzt lägen die Handlungsoptionen in Russland. Das sei im Ergebnis schlecht, und man könne beobachten, dass sich viele Staaten, wie Burkina Faso, Niger oder auch Mali, in Richtung Russland orientieren würden. Das werde dem Sahel nicht nutzen, denn es werde keine Sicherheit bringen. In dem Antrag fehle komplett eine eigene Strategie, wie es im Sahel besser werden könne. Bundesministerin Schulze habe vorausschauend auch die Grenz- und Küstenländer des Sahels in den Fokus genommen und das dortige Engagement verstärkt, damit die Instabilität aus dem Sahel nicht die Wirtschaftszentren von Côte d'Ivoire, Ghana, Benin, Togo oder Senegal etc. erreiche. Das wäre katastrophal, und insofern mache die Bundesregierung bereits das, was man im Augenblick tun könne. Man brauche also keinen neuen Antrag, und der Zeitpunkt sei falsch gewählt. Die Fraktion der AfD verfolge wieder einmal ein veraltetes und falsches Narrativ in Bezug auf Frankreich. Man sollte vielmehr über konkrete neue Schritte diskutieren, und die biete der Antrag nicht. Die Fraktion der FDP werde den Antrag ablehnen.

Die **Gruppe Die Linke** ist bei der Antragsberatung nicht anwesend.

Berlin, den 24. April 2024

Dr. Karamba Diaby
Berichterstatter

Volkmar Klein
Berichterstatter

Ottmar Wilhelm von Holtz
Berichterstatter

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Dietmar Friedhoff
Berichterstatter

